

Geschäftszahlen:
BMJ: 2022-0.336.830.
BMEIA: 2022-0.233.104
BMLV: S91150/3-PMVD/2022
BKA: 2022-0.021.238
BMI: 2022-0.244.471

19/10

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Aktionsplan Deepfake

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft, die durch die Covid-19 Pandemie noch an Geschwindigkeit zugenommen hat, führt zu einer raschen Zunahme von sog. Deepfakes. Man versteht darunter verschiedene Formen der audiovisuellen Manipulation mittels einer auf Künstlicher Intelligenz-basierten Technologie. In Deepfakes werden Personen Aussagen in den Mund gelegt oder Handlungen unterstellt, die in Wirklichkeit nie stattgefunden haben. Deepfakes von Schlüsselpersonen in der Politik oder in der Wirtschaft bergen ein erhebliches sicherheitspolitisches Risiko, weil eine Identifizierung einer künstlichen Beeinflussung schwer nachweisbar oder nachvollziehbar ist. Sie stellen eine Bedrohung für unsere Demokratie und das soziale Gefüge dar. Die massenhafte oder auch vereinzelt punktuelle Verbreitung dieses Phänomens kann zu einer Destabilisierung der Gesellschaft führen, da Deepfakes das Vertrauen in Politik, Institutionen, Medien und Personen unterminieren können.

Der Nationalrat hat erkannt, dass die Problematik Deepfake zu beobachten und zu analysieren ist und hat dies in seiner EntschlieÙung vom 14. Oktober 2020 betreffend Entwicklung einer Strategie zur Thematik und Risiken von Deepfakes entsprechend zum Ausdruck gebracht. Im Dezember 2020 wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Inneres (BMI) eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Auf Grundlage der Diskussionen im Ausschuss für innere Angelegenheiten haben das Bundesministerium für Inneres, das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, das Bundesministerium für Justiz und das Bundesministerium für Landesverteidigung gemeinsam einen Aktionsplan ausgearbeitet, der dem Ministerratsvortrag als Anhang A angeschlossen wird.

Daher stellen wir den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Aktionsplan zustimmend zur Kenntnis nehmen, und den Bundesminister für Inneres beauftragen den Nationalrat zu informieren. Die mit diesem Vortrag an den Ministerrat allenfalls verbundenen budgetären Auswirkungen haben im geltenden BFRG bzw. in den geltenden Budgetansätzen der Ressorts ihre Bedeckung zu finden.

24. Mai 2022

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin

Mag. Alexander
Schallenberg, LL.M.
Bundesminister

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Dr. Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin

Mag. Klaudia Tanner
Bundesministerin